

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände
der Freien Wohlfahrtspflege
des Landes Nordrhein-Westfalen

LAG FW NRW • Rhonestraße 2a • 50765 Köln

Landtag NRW
Frau «Vorname» «Name», MdL (AFD)
Platz des Landtags 1
40002 Düsseldorf

Der Vorsitzende

c/o Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Mittelrhein e. V.

Rhonestraße 2a
50765 Köln

Telefon: 0221 57998-0
Telefax: 0221 57998-161

www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de

Ihre Zeichen/Ihr Schreiben vom

Unsere Zeichen/Auskunft erteilt

Durchwahl/Mailadresse

Köln

Herr Rautenberg

-310

lagfw@awo-mittelrhein.org

08.06.2017

Ihre Wahl in den Landtag von Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Frau «Name»,

Ihre Wahl in den NRW-Landtag gibt Ihnen die Möglichkeit und die Verantwortung, die mit diesem Mandat verbundenen großen Herausforderungen nunmehr anzugehen. Hierzu werden auch zahlreiche Themen gehören, die die sozial-, erziehungs-, integrations- oder die bildungspolitischen Belange der Bevölkerung betreffen und die in der gesetzgeberischen Kompetenz des Landes liegen.

Die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW (LAG FW NRW) zusammengeschlossenen Verbände (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Der Paritätische, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie und die Jüdischen Gemeinden) setzen sich seit Jahrzehnten für eine soziale, gerechte und solidarische Politik nach wertpluralen und angebotsvielfältigen Grundsätzen ein. Mit ihren mehr als 700.000 Beschäftigten in der Kranken-, Alten-, Kinder- und Jugendpflege und geschätzt ebenso vielen Ehrenamtlichen ist die Freie Wohlfahrtspflege nicht nur der stärkste Eckpfeiler in unserem Sozialsystem, sondern auch einer der bedeutendsten Arbeitgeber in diesem Land.

Unter dem Motto **Gemeinsam. Sozial. Für NRW.** haben wir im Vorfeld der Wahlen „Sozialpolitische Positionen und Forderungen der LAG FW NRW zur Landtagswahl 2017“ aufgestellt, die unter www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de zu finden sind.

Die dazu formulierten sozial- und gesellschaftspolitischen Grundsätze stellen unsere Überzeugungen vom Wert der Vielfalt, des Vorrangs der Initiative von unten und der Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs in unserer Gesellschaft dar:

- Die bestehende demokratische Grundordnung, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und das Sozialstaatsgebot sind Orientierung und Maßstab für das soziale, gesellschaftliche und politische Handeln.
- Die Unantastbarkeit der Menschenwürde und der Schutz der unveräußerlichen Grund- und Menschenrechte gelten für alle Menschen, die in diesem Land dauerhaft oder vorübergehend leben, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrem Aufenthaltsstatus.

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen



- Solidarität und Mitmenschlichkeit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Diskriminierungsverbot, Toleranz, gegenseitiger Respekt und das Füreinander der Generationen sind prägende Werte unserer Gesellschaft.
- Das Recht auf freie Ausübung der Religion verpflichtet gleichzeitig dazu, die Grundrechte der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die persönliche Unversehrtheit anderer zu respektieren und die Rechte von Minderheiten anzuerkennen.
- Die Eigenverantwortung der/des Einzelnen setzt gesellschaftliche Teilhabe, Chancengerechtigkeit und die Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe voraus. Der Staat muss diesen Rahmen rechtlich gewährleisten und dazu die erforderlichen Ressourcen bereitstellen, damit die zivilgesellschaftlichen Akteure im Bedarfsfall notwendige Unterstützungen leisten können.
- Die verbreiteten Nöte durch Armut und soziale Ausgrenzung sind in unserer wohlhabenden Gesellschaft mit den sozialstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar. Die Armutsbekämpfung muss daher wesentliches Merkmal des sozialstaatlichen Handelns sein, um auch das Vertrauen in die Bindungskraft und die Leistungsfähigkeit der politischen und sozialen Institutionen wieder zu stärken.
- Die in NRW lebenden Menschen mit ihren vielfältigen Ressourcen und Potentialen bedürfen zu ihrer Entfaltung einer umfassenden Bildungsförderung, die Zugänge unabhängig von der (sozialen) Herkunft ermöglicht und Übergänge zwischen den (Aus-)Bildungssystemen und in Arbeit gewährleistet.
- Die Förderung von Offenheit und Vielfalt unter gleichzeitiger Stärkung der sozialen Sicherheit bildet die Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ausnahmslos auf dieser Grundlage sind ein politisches Zusammenwirken und eine politische Auseinandersetzung mit der Freien Wohlfahrtspflege in NRW für ein soziales NRW möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände
der Freien Wohlfahrtspflege NRW



Andreas Johnsen
Vorsitzender